



Christine Jantzen (2. von links) von der Bürgerinitiative „Atommüllfreie Müritzregion“ hörte sich die Erläuterungen der Fachleute in Berlin genauestens an.

FOTOS: SEBASTIAN KAHNERT, NADINE SCHULD

Auf Atommüll-Fortbildung in Berlin

BERLIN/KIEVE. Christine Jantzen möchte nicht warten, bis im September ein erster Zwischenbericht zur Suche eines Atommüll-Endlagers vorliegt. Kieves Bürgermeisterin will schon vorher möglichst viele Unklarheiten für sich und die rund 140 Einwohner ihrer Gemeinde beseitigen. Deshalb besuchte sie am vergangenen Sonnabend in Berlin im Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) einen ersten Workshop für Bürgerinnen und Bürger, um auf die Herausforderungen der Endlagersuche einzugehen. „Wir suchen ergebnisoffen auf einer weißen Landkarte und wollen dabei die Bürger mitnehmen“, erklärte die Vize-Präsidentin des Base, Silke

Die Suche nach einem Atommüll-Endlager in Deutschland steht noch am Anfang. Dennoch hatte das verantwortliche Bundesamt zu einem Workshop eingeladen, um Bürger und verschiedenste Verbände in den Prozess einzubinden. Dem Angebot folgten rund 70 Bürger aus ganz Deutschland. Ebenfalls dabei war Nordkurier-Reporterin Nadine Schuldt.

gungsprozess konstruktiv zu begleiten. Somit soll zusätzlich Vertrauen in das Auswahlverfahren entstehen. In der Arbeitsgruppe wurden auch ganz praktische Fragen angesprochen, zum Beispiel jene nach der Finanzierung für Menschen, die sich an den Workshops gern beteiligen möchten, sich das aber nicht leisten können.

Viele Teilnehmer wollten dann auch wissen, was mit den vielen Anregungen des Workshops passiere. Hier setzte Base-Vizepräsidentin Silke Albin ein klares Zeichen. „Wir wollen mit dem Input, den Sie uns als Schätze übermitteln, verantwortungsvoll umgehen“, sagte Albin, die sich über die Fülle der Hinweise freute. Dazu gehöre nicht nur, dass Vorschläge in die Tat umgesetzt werden, sondern auch, dass dort Kurskorrekturen vorgenommen werden, „wo wir erkannt haben, dass wir auf einem Weg unterwegs waren, der nicht die Zustimmung derjenigen finde, die uns auf dem Weg begleiten“, so Albin. Diese „Kurskorrekturen“ sollen demnächst auch im Internet transparent gemacht werden.

Christine Jantzen zieht ein positives Fazit. „Jetzt ist klar, an wen wir uns wenden können, wenn der Zwischenbericht da ist.“

Kontakt zum Autor
n.schuldt@nordkurier.de

Albin, den insgesamt 100 Besuchern des Workshops.

Zum Hintergrund: Das Base beaufsichtigt den Prozess der Endlagersuche bereits seit Mitte 2017. Im Jahr 2031 soll ein Standort feststehen. Dort sollen dann 1900 Behälter hoch radioaktiven Mülls eingelagert werden. Im Juli 2019 wurde bekannt, dass die geologische Beschaffenheit im Wredenhagener Untergrund für ein Atommüll-Endlager geeignet sein könnte. Seither ist das Thema in der Region

präsent, Gegner schlossen sich bereits in der Bürgerinitiative „Atommüllfreie Müritzregion“ zusammen.

In diesem September legt die BGE (Bundesgesellschaft für Endlagerung) einen ersten „Zwischenbericht Teilgebiete“ vor. Darin werden Gebiete ausgeschlossen, die nicht für die weitere Suche in Frage kommen. Auch wird dann klar sein, welche Regionen weiter für die Standortsuche betrachtet werden. Auf diesen Zwischenbericht

folgen drei Fachkonferenzen, an denen sich Bürger, Verbände oder auch Kommunen beteiligen können. „Ohne Informationen ist man in diesem Prozess nicht gut aufgestellt“, sagte Jantzen, die auch Mitglied der Bürgerinitiative „Atommüllfreie Müritzregion“ ist, mit Blick auf den vielfältigen Workshop.

Vorschlag: Endlager-Thema soll in die Lehrpläne

Dort konnte sie an verschiedenen Arbeitsgruppen teilnehmen. So widmete sich ein Arbeitskreis der Frage, wie die Fachkonferenzen erfolgreich gelingen könnten. „Wäre es nicht am sinnvollsten, erst im März 2021 mit der ersten Konferenz zu beginnen?“, machte Christine Jantzen einen Vorschlag. Der Grund: Erst ab der ersten Konferenz beginnt die sechsmonatige Zeit der Bürgerbeteiligung. Sollte die Veranstaltung schon Anfang 2021 stattfinden, hätten viele Kommunen und Verbände im Vorfeld zu wenig Zeit, um sich mit der komplexen Materie zu beschäftigen. Ein Punkt, den auch andere Workshop-Teilnehmer so sahen.

In einem anderen Arbeitskreis wurde mit Fachmann

Jörg Tietze diskutiert, wie das Fachwissen über die geologischen Daten verständlich gemacht werden könnte. Eine Idee: Informationen auch an den Schulen anzubieten. Zudem wurde gefordert, dass „Lesehilfen“ zur Verfügung gestellt werden sollten, um die wissenschaftliche Auswertung nachvollziehen zu können – solch eine Wissensvermittlung sollte auch im persönlichen Gespräch möglich sein, regten einige an.

Auf die Frage, wie man die junge Generation erreichen könnte, gab es die Idee, die Kultusministerkonferenz zu informieren. Dadurch sollte das Thema in die Lehrpläne gelangen. Auch auf das Format „Die Sendung mit der Maus“ solle man zugehen, um eine breite Aufmerksamkeit zu erzielen. Immerhin werden die Kinder und Jugendlichen die Erwachsenen von morgen sein, die sich mit dem Thema auseinandersetzen müssen.

Bei der Veranstaltung waren auch Vertreter des „Nationalen Begleitgremiums“ vertreten. Dieses Gremium hat die Aufgabe, die Standortsuche und den Betei-

Nadine Schuldt meint:

Neues Verfahren erhöht Toleranz

Eines ist klar: An einem Ort, wo künftig hochradioaktiver Müll gelagert werden könnte, möchte niemand leben. Allerdings ist es gesetzlich unumgänglich, dass die Abfälle im Inland gelagert werden. Beim Bund und auch in der Bevölkerung sind die vielen Proteste gegen das Atommülllager in Gorleben immer noch in bester Erinnerung. Damit

es nicht wieder zu solcher massiven Kritik oder gar üblen Ausschreitungen kommt, bindet der Bund die Bürger nun aktiv in den Prozess zur Endlagersuche mit ein. Und zwar frühzeitig. Gut so! Denn immer noch werden bisweilen Entscheidungen am Bürgerwillen oder -nutzen vorbei durchgesetzt. Die Kassenbonnpflicht lässt grüßen. Das

Verfahren zur Endlagersuche wird anders angepackt: transparent und auf Augenhöhe mit dem Bürger. Deshalb wird die Lagerung in einem Standort noch lange nicht ausgesetzt. Allerdings erhöht das Verfahren die Toleranz in der Bevölkerung enorm – und stärkt vielleicht auch wieder ein Stück weit das Vertrauen in demokratische Strukturen.

Scheune Bollewick: Ausstellung zur Endlagersuche kommt

Von Nadine Schuldt

In der Scheune Bollewick wird ab Montag auf ein ernstes Thema aufmerksam gemacht. Das betrifft alle Einwohner.

BOLLEWICK. Welches Gestein oder welches andere Material ist am besten für die Einlagerung von hochradioaktivem Atommüll geeignet? Wo lagert der Müll zurzeit? Diese Fragen werden in der Wanderausstellung „Suche: x – nach einem Endlager für

hochradioaktive Abfälle“ geklärt. Die Bürgermeisterin der Gemeinde Bollewick, Antje Styskal, hat die Exposition in die Scheune Bollewick geholt. Sie ist dort vom 3. Februar bis zum 14. Februar zu sehen.

„Sie besteht aus sechs Säulen und einer Medienstation, in der man wichtige Informationen durchblättern kann“, erläuterte Lisa Ahlers, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Bestandteil sei zudem auch noch eine

Infowand, auf der die drei Phasen des Verfahrens dargestellt seien.

Wie es von der Bürgerinitiative (BI) Atommüllfreie Müritzregion heißt, habe man mit Hilfe des Vereins „Ausgestrahlt“ und durch eigene Recherchen zusätzliche Informationen zusammengestellt. Sie sollen zeitgleich in der Feldsteinscheune zu sehen sein. So versucht die BI anhand eines Szenarios, die potenziellen Folgen eines Endlagers für die Müritz-Region aufzuzei-

gen. Darüber hinaus lädt die BI am Sonnabend, 8. Februar, um 15 Uhr zu einem Bürgergespräch ein, bei dem sie im Rahmen der Ausstellung zur Diskussion und für Fragen zur Verfügung stehen.

Die BI freut sich über finanzielle Unterstützung. Das ist möglich unter: Konto: Sam Bohr DE27 4306 0967 1044 9080 00, Verwendungszweck: Unterstützung Atommüllfreie Müritzregion

Kontakt zum Autor
n.schuldt@nordkurier.de



Christine Jantzen (links), Bürgermeisterin der Gemeinde Kieve, im Gespräch mit Claudia Müller vom Endlager-Bundesamt Base